

BEERLIN GANZ NAH

CDU

Ausgabe 3/2017

Der Newsletter Ihres Bundestagsabgeordneten Maik Beermann

Berlin

- 2 Wir arbeiten weiter für Deutschland
- 2 Maritime Wirtschaft weiter stärken
- 3 Flüsterbremsen werden Pflicht
- 3 Reallöhne steigen erneut
- 3 Austausch mit von der Leyen
- 3 Neues Mutterschutzrecht
- 4 Kriminellen das Leben erschweren
- 4 Schülerpraktikant aus Apelern
- 4 Ausbau der Kindertagesbetreuung
- 5 Zukunftsinvestitionen steigen
- 5 Besuch auf Bildungsfahrt
- 5 Bürgerlichen Einsatz erleichtern
- 6 Hilfe für Contergangeschädigte
- 6 Besuch aus Bückeburg

Wahlkreis

- Schirmherrschaft übernommen 7
- Antrittsbesuch bei Jens Beckmeyer 7
- Spende an die Tafeln 7
- Kreisjägerschaft Schaumburg 8
- Eröffnung der Spargelsaison 8
- Grindel auf Wahlkreistour 8
- Jetzt mitmachen! 9

Wir arbeiten weiter für Deutschland

Es sind nur noch wenige Monate bis zur Bundestagswahl. Daher haben die Spitzen der Koalition in der letzten Sitzungswoche im Koalitionsausschuss geklärt, welche Vorhaben wir noch in den kommenden Monaten zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger umsetzen werden.

Es gibt Themen, die kein Abwarten dulden: Wir müssen dringend etwas gegen den wiederholten Sozialbetrug im Asylsystem tun. Wer sich unter mehreren Identitäten Geldleistungen erschleicht, verwirkt unsere Gastfreundschaft und muss unser Land wieder verlassen. Hier drängen wir auf eine klare Regelung im Ausländer- und Asylrecht. Wieso wiederholter Diebstahl zu leichterem Abschiebung führen soll, wiederholter Sozialbetrug aber nicht, kann man den Bürgern im Land nicht erklären.

Zudem müssen wir Einbrecher härter bestrafen: Wenn Täter in Wohnungen einbrechen, hat das oft traumatische Folgen für die Opfer. Dieser Eingriff in die Privatsphäre ist kein Kavaliersdelikt. Wir wollen, dass Wohnungseinbrecher mindestens eine einjährige Freiheitsstrafe erhalten. Die Schulz-SPD muss jetzt klar sagen, ob sie die Bürger oder die Einbrecher schützen will.

Maritime Wirtschaft weiter stärken

Die Leistungsfähigkeit der maritimen Wirtschaft ist für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zwingende Voraussetzung, da der überwiegende Teil des interkontinentalen Warenaustauschs über den Seeweg läuft. In der Branche mit Schiffbau und Meerestechnik, Schifffahrt, Häfen und Logistik, Offshore-Windindustrie und maritimer Sicherheit arbeiten etwa 400.000 Menschen. Die maritime Industrie umfasst gut 2.800 Unternehmen, ist überwiegend mittelständisch geprägt und verteilt sich über ganz Deutschland.

Die Herausforderungen sind groß und reichen von der internationalen Schifffahrtskrise über das Finden von Fachpersonal, den Klima- und Umweltschutz bis hin zur fortschreitenden Digitalisierung und Automatisierung der Wirtschaft. Wir unterstützen daher die von der Bundesregierung beschlossene „Maritime Agenda 2025“.

Wir wollen die maritime Technologieführerschaft sichern, neue Zukunftsmärkte erschließen, die maritime Energiewende voranbringen und die Chancen von Industrie 4.0 auch auf diesem Sektor nutzen. Schließlich müssen auch in diesem Bereich Investitionen schnell realisiert werden. Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Nutzerfreundlichkeit müssen bei Planungen als berechtigte Allgemeininteressen in einen guten Ausgleich gebracht werden.

Wenn eine kleine Pflanze die Elbvertiefung vor dem Hamburger Hafen deutlich verzögert, stellt sich uns schon die Frage, ob die Gesetze diesen Interessenausgleich nicht besser widerspiegeln müssen.

Flüsterbremsen werden Pflicht

Für den Fahrplanwechsel am 13. Dezember 2020 haben wir ein Gesetz beschlossen, das den Betrieb lauter Güterwagen ab diesem Stichtag grundsätzlich verbietet. Über einen einzuhaltenden Schallemissionswert begrenzen wir den von Güterwagen produzierten Lärm. Dabei wahren wir den EU-weit geltenden Anspruch auf Zugang zum Schienennetz, indem nicht umgerüstete Güterwagen ihre Geschwindigkeit so weit drosseln müssen, dass sie nicht lauter sind als Güterzüge mit leisen Wagen. Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt in Richtung verbesserter Lärmschutz an deutschen Bahngleisen.

Reallöhne steigen erneut

Wie das endgültige Ergebnis der vierteljährlichen Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes belegt, ist der Reallohnindex im Jahr 2016 das dritte Mal in Folge stark gestiegen.

Während der Reallohnindex um 1,8 Prozent zunahm, stiegen der Verbraucherindex im selben Zeitraum um 0,5 Prozent und der nominale Verdienst um 2,3 Prozent. Zudem setzt sich mit dieser positiven Entwicklung ein Trend fort, von dem vor allem Beschäftigte mit eher unterdurchschnittlichen Verdiensten überdurchschnittlich profitieren können. Hohe nominale Zuwächse des monatlichen Bruttoverdienstes können hierbei vor allem ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer Steigerung von 3,1 Prozent, geringfügig Beschäftigte mit 3,6 Prozent, Teilzeitbeschäftigte mit 2,8 Prozent und Vollzeitbeschäftigte mit 2,2 Prozent verzeichnen.

Den größten Branchenzuwachs von 3,5 Prozent nominalem Lohnanstieg wies das Gastgewerbe als Branche mit den geringsten Bruttoverdiensten aus.

Austausch mit von der Leyen

Mit der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir uns mit unserer Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen ausgetauscht. Fazit: Man stellt sich den Herausforderungen der Zukunft und das Thema "Cyber War" spielt dort eine tragende Rolle.



Neues Mutterschutzrecht

In zweiter und dritter Lesung haben wir Neuregelungen im Mutterschutzrecht auf den Weg gebracht, die sich an neuesten gesundheitswissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Dazu zählen unter anderem die Verlängerung der Schutzfrist nach der Entbindung für Kinder mit Behinderung, Änderungen beim Verbot der Mehr-, Nacht- und Sonntagsarbeit und die Einrichtung eines Ausschusses speziell für Mutterschutzfragen.

Dabei steht für uns ein verantwortungsvolles Abwägen zwischen dem Gesundheitsschutz für eine stillende oder schwangere Frau und ihr (ungeborenes) Kind und deren selbstbestimmter Entscheidung über ihre Erwerbstätigkeit bzw. Ausbildung im Vordergrund. Wir haben durchgesetzt, dass das Gesetz erst zum 1. Januar 2018 in Kraft tritt, damit sich Behörden und Unternehmen auf die neuen Regelungen einstellen können.

Kriminellen das Leben schwer machen

Schritt für Schritt sorgen wir als Union für mehr Sicherheit in unserem Land. Dabei setzen wir unter dem Stichwort Vermögensabschöpfung dort an, wo es Kriminellen besonders weh tut: beim Geld. Vermögenswerte aus strafbaren Handlungen können zukünftig schneller, wirksamer und umfassender wieder entzogen werden. Das gilt auch für Diebesgut und andere Taterträge, die keiner konkreten Straftat zugeordnet werden können, die aber offenkundig aus kriminellen Aktivitäten herrühren. Insbesondere zur Bekämpfung von Einbruchsbanden, deren Aktivitäten zugenommen haben, geben wir damit Gerichten und Staatsanwaltschaften ein wichtiges Instrument an die Hand.

Auch bei der Terrorbekämpfung kommen wir einen weiteren Schritt voran. Wir beraten das Fluggastdatengesetz, das die Verwendung von Fluggastdaten zur Verhütung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität ermöglicht. Denn eins ist klar: Terroristen und Kriminelle machen nicht vor Grenzen halt. Um Straftaten zu verhindern und aufzuklären, müssen wir wissen, wer wann per Flugzeug die Grenzen des Schengenraumes überschreitet.

Zudem ist es uns gelungen, dass die KfW nunmehr einbruchsschützende Maßnahmen wie sichere Fenster und Türen oder Alarmanlagen bereits ab einer Investitionssumme von 500 EUR fördert. Dies macht das Programm insbesondere für Mieter attraktiv, da die bisherige Mindestinvestitionssumme 2.000 EUR betrug.

Auch das zur Beratung anstehende Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht bedeutet ein mehr an Sicherheit. Als wichtige Konsequenz aus dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt können Gefährder künftig leichter in Abschiebehaft genommen oder mittels elektronischer Fußfessel besser überwacht werden. Zudem wird dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ermöglicht, bei Zweifeln über die Herkunft von Asylbewerbern deren Mobiltelefone auszulesen. Identitätstäuschungen werden damit weiter erschwert.

Schülerpraktikant aus Apelern

Lukas Stratoff aus Apelern im Landkreis Schaumburg machte kürzlich sein Schülerpraktikum bei der Verwaltung des Deutschen Bundestages in Berlin. Dabei hatte ich die Möglichkeit mich mit ihm auszutauschen.



Ausbau der Kindertagesbetreuung

Mit einem neuen Gesetz setzen wir das 4. Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung zwischen Bund und Ländern um. Dies ist Grundlage für die gemeinsame Finanzierung von 100.000 zusätzlichen Betreuungsplätzen für Kinder bis zum Schuleintritt (bislang nur für Kinder unter drei Jahren). Dazu stocken wir das vom Bund 2007

eingesetzte Sondervermögen um 1,126 Mrd. Euro auf. Im Jahr 2017 werden Bundesmittel in Höhe von 226 Mio. Euro und in den Jahren 2018 bis 2020 jährlich je 300 Mio. Euro als Einlage getätigt. Im Rahmen des Programms können künftig auch Investitionen gefördert werden, die der Bewegungsförderung, der gesundheitlichen Versorgung sowie der Inklusion und der Familienorientierung dienen.

Zukunftsinvestitionen steigen

Die Ausgaben im Bereich Bildung, Forschung und Wissenschaft in Deutschland haben im Jahr 2015 einen deutlichen Zuwachs erfahren. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes betrugen die Gesamtinvestitionen in Zukunftsbereiche 275,8 Milliarden Euro, was einem Anteil von 9,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entsprach. Ein Großteil des Anstiegs von 8,8 Milliarden Euro bzw. 3,3 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr entfiel auf Bildungs- und Betreuungsangebote. Wie die

Statistiker mitteilten, stiegen die Ausgaben im Gesamtbetrachtungszeitraum von 2011 bis 2015 für Schulen und den schulnahen Bereich um 7,2 Prozent, für Hochschulen um 13,5 Prozent sowie für Kindertageseinrichtungen um 37,7 Prozent. Damit waren es vor allem Investitionen in Angebote für Kleinkinder, die den deutlichen Zuwachs verantworten. Ebenso stieg das Volumen für Weiterbildung und Angebote zur Jugendarbeit (9,6 Prozent), darunter allein für betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen um 15,4 Prozent bedeutsam.

Besuch auf Bildungsfahrt

Auf meine Einladung machten sich 50 Interessierte Nienburger und Schaumburger auf den Weg zu einer dreitägigen Bildungsfahrt nach Berlin, um die Stadt politisch und historisch neu zu erleben. Viele Teilnehmer kannten Berlin noch aus der Zeit vor dem Mauerfall und waren überrascht, welche Entwicklung die Stadt durchlebt hat.



Bürgerlichen Einsatz erleichtern

In erster Lesung berieten wir einen Gesetzentwurf, mit dem wir die Gründung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement wie beispielsweise Kitas oder Dorfläden erleichtern wollen. Wir verbessern dafür den Zugang zur Rechtsform des rechtsfähigen

wirtschaftlichen Vereins. Diese ist mit wenig Aufwand und Kosten verbunden und eignet sich demnach besonders gut für sehr kleine unternehmerische Initiativen. Auch für Genossenschaften sollen zukünftig bürokratische Erleichterungen wie vereinfachte Prüfungen und bessere Finanzierungsmöglichkeiten von Investitionen gelten.

Hilfe für Contergangeschädigte

Regelungen zu Erleichterungen für Contergangeschädigte in Kraft getreten - Ich fordere umfassende Aufklärung auch für Duogynon-Geschädigte

Mit der Bekanntgabe der Änderungen im Conterganstiftungsgesetz sind die Regelungen rückwirkend zum 01. Januar 2017 in Kraft getreten. Damit haben wir wesentliche Erleichterungen für die Contergangeschädigten erreichen können. Wir entlasten die Betroffenen durch die Abschaffung des komplizierten und bürokratiebeladenen Antragsverfahrens zur Gewährung von Leistungen für so genannte spezifische Bedarfe. Künftig bekommen Contergangeschädigte für spezifische Bedarfe einen jährlichen Sockelbetrag in Höhe von 4800 Euro unabhängig davon, welche Schadensklasse die Contergangeschädigten haben. Darüber hinaus werden die für die spezifischen Bedarfe eingeplanten Mittel pauschal nach Schadenspunkten ausgeschüttet.

Aber ein Blick auf die neuen Regelungen zeigt, dass es noch einiges zu tun gibt. Es ist noch nicht die Zeit gekommen sich auszuruhen und den vermeintlichen Erfolg zu genießen, denn wir haben den Rat der Sachverständigen im Rahmen der Öffentlichen Anhörung ernst genommen und werden heftig diskutierte Änderungen der Stiftungsstruktur erst dann vornehmen, wenn diese umfassend evaluiert ist. Ich fordere hier insbesondere die Bundesfamilienministerin auf, die Evaluation zeitnah - und wie angedacht möglichst noch in dieser Legislaturperiode - vorzulegen.

Ich wünsche mir in den kommenden Wochen einen klaren Dialog mit der Bundesfamilienministerin, so dass wir alle wissen, was wir zu diesem Thema aus dem Ministerium noch erwarten können. Das sind wir den Betroffenen schuldig. Ich als Berichterstatter der CDU/CSU stehe gerne zur Verfügung.

Eines ist mir im Zusammenhang mit dem Thema Contergan noch wichtig zu erwähnen: Als zuständiger Berichterstatter für das Thema Menschen mit Behinderungen werde ich nach meiner letzten Rede im Bundestag zum Conterganstiftungsgesetz häufig von Duogynon-Geschädigten angeschrieben, deren Mütter während der Schwangerschaft ein Medikament eingenommen haben, das ebenfalls zu schweren Einschränkungen und Behinderungen bei ihren Kindern geführt hat, wie bei Contergangeschädigten. Die Betroffenen sehen sich als Opfer eines vergessenen Pharmaskandals und verlangen Aufarbeitung und Unterstützung. Meines Erachtens bedarf es hier einer umfassenden Sachverhaltsaufklärung, auch wenn dieses Geschehen schon Jahrzehnte zurückliegt. Auch hier gilt es genau hinzuschauen und nicht wegzuschauen. Dafür werde ich mich nachdrücklich einsetzen.

Besuch aus Bückeburg

Vielen Dank an das Evangelische Militärpfarramt Bückeburg für ihren Besuch in Berlin und das Interesse an meiner Arbeit.



Schirmherrschaft übernommen

Ich freue mich sehr, dass ich nun zur Familie des ICH E. V. Kinderhilfswerks dazugehöre. Ich übernehme gerne die Schirmherrschaft im ICH, um jene Projekte in Schaumburg und Nienburg zu begleiten, bei denen es gilt kranken, behinderten und benachteiligten Kindern zu helfen - das ist für mich eine Herzensangelegenheit. Vielen Dank an den Präsidenten des ICH Dr. Dieter Kindermann, Vizepräsident Joachim Baron von Reden, Jens Tegeler von der Tegeler-Gruppe, Jens Sewohl vom Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) Kreisverband Nienburg, Bernd Koller vom DRK Kreisverband Schaumburg e.V., Stadthagens Bürgermeister Oliver Theiss und dem stellv. Landrat Horst

Sassenberg für die Unterstützung und die netten Worte die man mir entgegengebracht hat. Wer sich gerne etwas mehr über das Kinderhilfswerk informieren möchte, hier der Link www.int-children-help.de



Antrittsbesuch Jens Beckmeyer

Nachdem Jens Beckmeyer am 11. September letzten Jahres zum neuen Samtgemeindebürgermeister der Samtgemeinde Mittelweser gewählt wurde, stand nun mein Antrittsbesuch, gemeinsamen mit dem Landtagsabgeordneten Karsten Heineking (CDU), auf dem Programm. Ich besuche im Rahmen meiner Abgeordnetentätigkeit alle Bürgermeister um hier Eingaben für meine Arbeit in Berlin mitnehmen und so die Gemeinden unterstützen zu können. Besonders der Mittelweserausbau und

der Bahnverkehr standen bei diesem Gespräch im Fokus.



Spende an die Tafeln

Kürzlich fand die letzte Spendenübergabe von "Matjes mit Musik" an die Tafeln des DRK im Schaumburger Land statt. Gemeinsam mit Heringspfleger Heiko Tadge habe ich als amtierender Heringskönig nun 9.625€ stellvertretend an den Präsidenten des DRK Kreisverband Schaumburg e.V. Bernd Koller, Kreisgeschäftsführer Thomas Hoffmann und die Vertreterinnen der Tafel in Rinteln übergeben.



Kreisjägerschaft Schaumburg

Bauern, Jäger, Schützen - sind unseres Landes stützen! Gratulation den 20 neuen Jungjägerinnen und Jungjägern der Kreisjägerschaft Schaumburg, die auf der Mitgliederversammlung im Rathaussaal in Bückeburg ihre Jägerbriefe verliehen bekamen. In meinem Grußwort bin ich auf die Novellierung des Waffengesetzes eingegangen - der Bestandsschutz wird schonmal begrüßt. Generell stellt sich aber schon die Frage, warum man bei jenen etwas regulieren und verschärfen will, die ordnungsgemäß mit ihren Waffen umgehen? Es gibt also noch was zu tun und ich werde ein Auge drauf haben.



Eröffnung der Spargelsaison

Die Spargelsaison im Landkreis Nienburg wurde Ende April wieder feierlich eröffnet. Kein geringerer als DFB Präsident Reinhard Grindel oblag in diesem Jahr der Spargelanstich. Eine der wichtigsten Botschaften der Erzeugergemeinschaft: "Kauft den Spargel bei den Landwirtinnen und Landwirten um die Ecke."



Grindel auf Wahlkreistour

Über den Besuch meines ehemaligen Bundestagskollegen und jetzigen DFB Präsidenten Reinhard Grindel habe ich mich sehr gefreut. Als erstes waren wir beim SVBE Steimbke. Bevor wir mit Reinhard Grindel diskutierten, hat uns Präsident Peter Bartsch die Sportanlagen gezeigt.

Danach ging es weiter nach Bückeburg zum gemeinsamen Fußballforum mit dem VfL-Bückeburg von 1912 e.V. um seinen Präsidenten Martin Brandt. Vielen Dank an alle Unterstützer und Akteure sowie an die Schaumburger Nachrichten und Verena Insinger für die mediale Begleitung und Moderation der Podiumsdiskussion.





JETZT MITMACHEN!

Liebe Leserinnen und Leser,

am 24.09. ist Bundestagswahl! Ich freue mich über die bereits große Unterstützung, die mir entgegen gebracht wird und wer alles mithelfen und mitmachen möchte. Wir nähern uns langsam der spannenden Zeit. Wenn auch Sie Lust haben im "Team Beermann" dabei zu sein, Lust haben neue Leute kennenzulernen, Wahlkampf live mitzuerleben, ihn mitzugestalten, einfach mitzumachen und dabei zu sein, dann melden Sie sich gerne bei mir:

Entweder bei Facebook per persönlicher Nachricht oder unter beermann@wahlkreis-nienburg-schaumburg.de - Hinterlasst bitte Namen und Kontaktdaten und merken Sie sich bitte schon den 23. Mai 18:30 Uhr vor! Ich freue mich über viele Rückmeldungen

- Euer Maik Beermann